

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamr. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachamt: Dresden 1530
Grotzstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 165.

Dienstag, 18. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Belegporto. Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 5.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Fußschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 1.50 Mark. Feste Tarife. Demüthiger Rabatt zehntel, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Wintelich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. F. Teichgraber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Wichtig für Wohnungsbewerber!

Durch Einführung der Reichsmiete und der Wohnungsabgabe wird das Wohnen ungemein verteuert werden. Es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß Familien bekannte Personen bei sich aufnehmen, die bisher eine selbständige Wohnung inne hatten. Wer in der beschriebenen Weise durch Zusammenleben seine bisherige selbständige Wohnung zur Verfügung stellt, erhält eine Umzugsprämie, die je nach den aufgewendeten Umzugskosten tausend Mark und darüber betragen kann. Wer Wohnung sucht und sich verbindlich gemacht hat, andere Wohnungsaufgebende Personen (Eltern, Verwandte, Bekannte usw.) aus bestehender selbständiger, Riesa zugute kommender Wohngelegenheit bei sich aufzunehmen, wird bei der Wohnungsvergabe vorzugsweise berücksichtigt werden. Niemand, der dazu in der Lage ist, verleihe zur Verabminderung seiner Wohnungslohn und zur Verringerung der großen Wohnungsnot diesen in Nachdruck des Reichsmietengesetzes und des Gesetzes über Wohnungsabgabe zeitgemäßen Ausweg. Ueber Namen und Adressen von Wohnungsuchenden sowie über den Umfang der Bedarfsmeldung wird vom Wohnungsamt Interessenten jederzeit in den Dienststunden kostenlos Auskunft gegeben.

Der Rat der Stadt Riesa, am 15. Juli 1922.

Die.

Obstversteigerung.

Die diesjährige Obstnutzung, und zwar an der Poppitzer Straße, am Lommatzcher Weg, an der Döbener Straße, an der Straße nach Leutenich von der Brückenmühle bis zur Leutenicher Grenze, hinter dem Rittergut, an der Straße von Köhls nach Poppitz und im Garten des Stadtkrankenhauses soll

Donnerstag, den 20. Juli 1922, vormittags 9 Uhr in der Ratskanzlei hier unter der Bedingung meistbietend versteigert werden, daß das Obst an Riesaer Einwohner 20% unter dem jeweils geltenden Kleinhandelspreis abgegeben wird.

Auswahl unter den Bietern und Ablehnung sämtlicher Angebote bleibt vorbehalten. Die Nachtbedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben.

Der Rat der Stadt Riesa, am 18. Juli 1922.

Ar.

Bekanntmachung.

Der Platz vor dem Eingange zum früheren Technikum ist in der letzten Zeit wiederholt als Wäldetrodenplatz benutzt worden.

Eine derartige Benutzung dieses Platzes wird hiermit bei Vermeidung einer Geldstrafe bis 120 M. in einer Haftstrafe bis 3 Tage untersagt.

Der Rat der Stadt Riesa, den 17. Juli 1922.

Bfg.

Die Rathenau-Mörder ermittelt.

(Halle, 18. Juli. Die Rathenau-Mörder wurden gestern abend durch Kriminalpolizeibeamte aus Halle auf Burg Saaleck bei Bad Kösen ermittelt. Sie haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen.

Ueber die Auffindung der Rathenau-Mörder ist noch zu berichten: Am Sonntag abend meldeten in Halle zwei an Burg Saaleck vorbeigekommene Rententouristen, daß sie im Turm der Burg nicht bemerkt hätten und daß nach ihren Feststellungen sich dort die Mörder Rathenaus aufhalten müßten, obwohl der Schriftsteller Dr. Stein, der auf der Burg ein Einlieberleben führt, verweist sel. Kriminalbeamte aus Halle begaben sich sofort nach Bad Kösen und versuchten Zutritt zu dem abgeschlossenen Raum zu erlangen. Die Mörder öffneten nicht, sodaß Verhärkungen herbeigeholt werden mußten. Währenddessen erschienen die beiden Mörder auf der Balustrade vor dem Raum, winkten den an der Burg Veränderungskommanden zu und brachten ein Hoch auf Ehrhardt aus. Als die Kriminalbeamten die Türe mit Kräfte ansetzten, fanden sie die beiden Mörder mit Kopfschüssen tot auf. Beide trugen die signalfertige Kleidung. Der Schriftsteller Dr. Stein wird als Mitwisser bezichtigt.

Vorkläufige Lösung der Krise.

Am gestrigen Vormittage traten die einzelnen Fraktionen des Reichstages zu Beratungen über die politische Lage zusammen. Hierbei berichtet der „Berl. Volksanz.“ u. a.: Sowohl die beiden sozialistischen Fraktionen wie die Fraktionen der bürgerlichen Mittelparteien sagten lebe für sich und es schien, daß mit einer kritischen Zustimmung der Verhältnisse gerechnet werden muß. Wenigstens wurde aus dem Reichstag berichtet, daß die Nachricht von einer geplanten Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft in den Reihen der Reichstagsparteien eine heftige Erregung hervorrief, und daß hierauf von ungeduldigen Elementen als Antwort nurmehr der Austritt aus der Regierungskoalition gefordert wurde.

Am frühen Nachmittag wird aus dem Reichstag berichtet, daß in den Sitzungen der beiden sozialistischen Fraktionen die Frage einer völligen Verschmelzung über den Rahmen einer bloßen Arbeitsgemeinschaft hinaus erörtert wurde. Die Reichstagssozialdemokraten sprachen sich grundsätzlich für eine Verschmelzung aus und überließen die Entscheidung über den Zeitpunkt und die Art ihrer Durchführung weiterer Beschlüssen durch die Unabhangigen.

Die Unabhangigen haben nun in einer Fraktionsstimmung noch lebhafter Auseinandersetzung und unter ganz besonderem Einfluß des auf dem gemäßigten Flügel der Partei stehenden Abgeordneten Dr. Levi mit 59 gegen 17 Stimmen einen Beschluß gefaßt, wonach sie das Gesetz zum Schutze der Republik in der Fassung der zweiten Lesung annehmen wollen, ferner erklären sie sich damit einverstanden, daß die Regierungsvorlage auf den Herbst verlagert wird. Damit ist zunächst die Zweidrittelmehrheit für das Gesetz zum Schutze der Republik in dritter Lesung gesichert.

Die Frage der Arbeitsgemeinschaft bei den bürgerlichen Parteien wird ebenfalls nicht mehr mit der gleichen Eile betrieben. Bei den sozialdemokratischen Parteien war die Meinung vorhanden, die Arbeitsgemeinschaft zu einer Fraktionsgemeinschaft zu erweitern. Die Reichstagssozialisten hatten das jedoch abgelehnt, und bei den Unabhangigen, wo dafür noch viel Stimmung vorhanden war, hat schließlich die Meinung die Oberhand behalten, daß so weitgehende organisatorische Änderungen nicht ohne Anbruch eines Parteitagess getroffen werden könnten. Der gleiche Standpunkt machte sich bei den bürgerlichen Fraktionen in zunehmendem Maße geltend, so daß es vorkläufig auf der linken Seite bei der Arbeitsgemeinschaft bleibt und auf der rechten Seite die praktische Durchführung dieser Arbeitsgemeinschaft für später aufgeschoben bleibt. Die Parteitage, die voraussichtlich im Laufe des Spätsommers stattfinden, werden also Entscheidungen über den engeren Zusammenschluß innerhalb der Fraktionen des Reichstages in den jetzt vorliegenden Gruppen zu treffen haben.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 17. Juli.

Der Gesetzentwurf über die Befreiung des Notgeldes wird in allen drei Lesungen angenommen. Das Notgeld soll binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes eingelöst werden.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs gegen die Notlage der Presse.

Der Ausschuss sieht in der Regierungsvorlage das Mindestmaß dessen, was zur Unterstützung der Presse geschehen muß. Er will außer der Abgabe von 1/2 Prozent der Holzverkaufspreise die gesamte Ausfuhr mit einer Sonderabgabe von 1%, pro Mille zugunsten der Presse belasten. Weiter wurde gemüthlich, daß nicht nur die politische Tagespresse, sondern auch die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften unterstützt werden. Die Regierung hat dies für die Ausführungsbestimmungen zugesagt. Grundätzlich wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Rückvergütung an die Zeitungen nach dem Papierverbrauch das für den Inseratendruck verbrauchte Papier nicht berücksichtigt werden soll. Die Geltungsdauer des Gesetzes ist vom 31. 12. 23 bis 31. 3. 24 verlängert.

Reichswirtschaftsminister Schmidt beweist die günstige finanzielle Wirkung des Gesetzes. Leider sind in den letzten Monaten viele Zeitungen eingegangen, andere in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wir können die Presse nicht der skrupellosen Preisgestaltung der Papierindustrie preisgeben. Für einen demokratischen Staat ist eine unabhängige Presse eine Notwendigkeit. Die bebrangte Lage der Presse fordert die Befreiung einer gewissen Korruption, wie sie in einem Teil der ausländischen Presse schon besteht. Der Versuch, erhebliche Beträge aus dem Holzverkauf herauszubekommen, mußte sich angesichts der Widerstände auf eine Abgabe von 1/2 Prozent beschränken. Gegen die Abgabe für sämtliche Ausfuhrartikel von 1%, pro Mille gemäß dem Ausschuss hat die Regierung keine Bedenken.

Abg. Pöhllein (Komm.) will die Abgabe vom Holzverkauf auf 7/8% erhöhen, die Ausfuhrabgabe auf 1/2%. Die Regierungsvorlage bringe wenigstens einen kleinen Fortschritt.

Reichswirtschaftsminister Schmidt wendet sich gegen einen Zentrumsantrag, der die Abgabefreiheit fortwährendlicher Grundstücke von 10 ha auf 80 ha ausdehnen will. Bei der Annahme dieses Antrages würde die Holzabgabe ganz unwirksam werden. Die Abgabe sei übrigens so gering, daß sie bei den großen Gewinnen der Holzverkauer garnicht ins Gewicht fällt.

Die kommunistischen Anträge und der Zentrumsantrag werden abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Bruhn (Dnat.), Fortmann (S.) und Genossen, wonach die Zeitungen mit geringerem Papierverbrauch bei der Rückvergütung verhältnismäßig besser bedacht werden sollen, als die großen Zeitungen.

Im übrigen werden die Ausschussbeschlüsse bekräftigt. Die Verabschiedung des Gesetzes in dritter Lesung kann nicht erfolgen, weil Abg. Sugenberg (Dnat.) widerspricht.

Die am Sonnabend wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochene zweite Beratung der Novelle zum Erbschaftsteuergesetz wird dann abgeschlossen. Die Ausschussbeschlüsse werden im wesentlichen bekräftigt.

Es folgt die zweite Beratung der

Zwangsanleihe.

Abg. Dr. Oelferich (Dnat.) erkennt an, daß die Regierungsvorlage im Ausschuss wesentliche Verbesserungen erfahren hat. Die grundsätzlichen Bedenken seiner Freunde gegen das Gesetz bestanden dennoch fort. Die ungeheure Belastung der deutschen Wirtschaft mit 70 Milliarden sei in der jetzigen Zeit der Geldknappheit unerträglich. Tatsächlich bestünde eine Geldknappheit. Die deutschen Aktienmärkte haben seit November vorigen Jahres das Steigen des Dollars nicht mehr mitmachen können. Die neuen Aktien können garnicht untergebracht werden. Industrie und Landwirtschaft haben die größte Schwierigkeit, sich das nötige Betriebskapital zu verschaffen. Nur die Aufhebung des Depotzwanges und die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses kann der Notentwässerung ein Ende machen. Bei der jetzigen Valuta kann das Ausland unsere größten wirtschaftlichen Unternehmungen für ein Butterbrot kaufen. Das kann auch für die deutsche Arbeiterschaft sehr gefährlich werden. Diese Gefahr würde außerordentlich gesteigert durch eine Zwangsanleihe. Darum sollte man es zunächst auf dem Wege der Freiwilligkeit versuchen. Durch die

Zwangsanleihe würden aus der deutschen Substanz weitere wertvolle Stücke dem Moloch Reparation in den Rachen gemorren werden. Es ist gut, daß die Regierung bei dem hohen Stand des Dollars jetzt keine weiteren Devisen kauft. Minister Rathenau hat in der letzten Unterredung, die er vor der entsetzlichen Tat mit mir hatte, mir bekräftigt, daß dieser unser Vorschlag richtig war, wir haben unsere eigene Zahlungsfähigkeit überschätzt. Wir wünschen eine gründliche Aussprache über die Revision des Reparationsprogramms im auswärtigen Ausschuss. Gegen die Zwangsanleihe müssen wir stimmen, die Novellen zum Einkommen- und Erbschaftsteuergesetz werden wir annehmen.

Abg. Dr. Geher (Unabh.): Die außenpolitische Situation Deutschlands werde am meisten gefährdet durch die Art, mit der die sogenannte nationale Opposition gegen den Bestand der Republik auftritt. Die Höhe der Zwangsanleihe sei ungenügend, der Zinssatz zu hoch. Die Zwangsanleihe sei nur der Ersatz für eine stärkere Vermögenssteuer und für eine wirkliche Ersetzung der Sachwerte. Die Staatsfinanzen müssen so gestaltet werden, daß die Republik Kredit im Ausland gewinnt. Darum muß die Inflation abgebaut werden. Eine weitere Heranziehung der Rentenpresse würde die Inflation steigern. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft beantragt für die Zwangsanleihe eine Höhe von einer Milliarde Goldmark, mindestens von 80 Milliarden Papiermark, und weiter eine Heranziehung des Zinssatzes bis zu den Sätzen der Regierungsvorlage.

Abg. Sölllein (Komm.): Der Bloß des Bürgertums sabotiert den Schutz der Republik. So kläglich das ganze Steuerkompromiß war, so jämmerlich war die Zwangsanleihe. Der Ausschuss hat daraus vollends einen leeren Schemen gemacht. Der Betrag der Zwangsanleihe soll aus einer Milliarde Goldmark eventuell auf 100 Milliarden Papiermark erhöht und der Zinssatz herabgesetzt werden.

Abg. Curtius (Dp.) lehnt eine Erhöhung über 80 Milliarden ab. Bestimmend für die Haltung seiner Partei sei die außenpolitische Bindung der Regierung. Die Zwangsanleihe dürfe nur zur Finanzierung der Reparationsleistungen dienen. Friedrich der Große und die Preussischen Staatsmänner vor den Befreiungskriegen hätten auch in der höchsten Not des Staates zur Zwangsanleihe gegriffen.

Die Vorlage wird in der Ausschussfassung angenommen mit der Abänderung, daß die Grenze des zeichnungs-pflichtigen Vermögens, bei welchem Abzüge für Kinder zulässig sind, auf sozialdemokratischen Antrag von 5 auf 3 Millionen herabgesetzt wird. Die Zwangsanleihe soll gleichzeitig mit den Novellen zur Erbschafts- und Einkommensteuer in Kraft treten.

Hierauf wird in dritter Beratung die Novelle zur Einkommensteuer, die Erbschaftsteuer und die Zwangsanleihe gemäß den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen. Es folgt die erste Beratung des von den Koalitionsparteien beantragten Gesetzentwurfs, wonach für Maßnahmen zum Schutze der Republik ein

Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark

zur Verfügung gestellt wird.

Abg. Pöhllein (Dnat.) bekämpft die Vorlage, welche mißbraucht werden könnte.

Abg. Müller-Frank (Soz.): Für die Vorlage werden alle stimmen, welche die Republik schützen wollen. Die Deutschnationalen haben den Trennungskrieg gegen die verbredischen Woldkreise noch immer nicht gezogen.

Abg. Dr. Becker hält eine Ausschussberatung für selbstverhandlich.

Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuss überwiesen. Für die zweite Beratung des

Reichsstrafgesetzbuch

hat der Ausschuss die Regierungsvorlage in dem entscheidenden § 1 dahin abgeändert, daß zur Bekämpfung des Verbrechertums, welches seine Tätigkeit nicht auf bestimmte Orte beschränkt, ein Reichskriminalpolizeiamt errichtet wird, das mit dem Sitz in Berlin, dem Reichsminister des Innern unterstellt ist. In der Regierungsvorlage war von einem Reichspolizeiamt die Rede.

Bayerischer Bevollmächtigter v. Preger lehnt namens seiner Regierung das Gesetz als Eingriff in wichtige Hoheitsrechte der Länder ab. Das bayerische Volk sei reichstreu bis auf die Knochen. Es herrsche aber ein starkes Gefühl des Unmuts gegen die Reichsregierung wegen der überflüssigen Eingriffe in die Hoheitsrechte. Für die Durchsicht des Gesetzes bestehe keine Staatsnotwendigkeit.

Abg. Emminger (Dp.) bezeichnet die Vorlage als den Versuch einer Ausnutzung der berechtigten Erregung über den Rathenau-Mord zu einer Verletzung der Hoheitsrechte

der Länder. Er beantragt weitere Abschmähungen der Reichswelt im Gesetz. Die Reichsregierung sei in der Vorlage viel zu ausgedehnt. Der Redner empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.

Abg. Hübner (Soz.): Die Vorlage sei eine empfindliche Notwendigkeit, um der Polizei die Erfüllung ihrer Aufgaben im ganzen Reichsgebiet zu ermöglichen. Erst so sei es möglich, den über das ganze Reich verbreiteten Verbrechen Organisationen zu wehren. Die Sozialdemokratie hätte dem § 7 lieber die klare Fassung gegeben: „Auch ohne Antrag kann das Reichskriminalpolizeiamt im ganzen Reichsgebiet durch seine eigenen Polizeibeamten Ermittlungen anstellen und allen Polizeibehörden Befehle erteilen, wenn es sich um eine Straftat handelt, durch die die Interessen des Reiches berührt werden.“ Weiter haben die bürgerlichen Parteien auch hierbei den Wünschen Bayerns zu sehr nachgegeben. Der Stimmung eines kleinen Teils des bayerischen Volkes wird vom Reich viel zu sehr Rechnung getragen. Wir werden unter Ablehnung der Änderungsanträge die Vorlage annehmen.

Abg. Dr. Bell (L.): Der Mordverwand hat hiebartig die Notwendigkeit beleuchtet, die der Polizei fehlt bei der Verfolgung von Verbrechen entzogenen Hindernisse zu beseitigen. Die Verbrechen Bayerns sind durch die vom Ausschuss beschlossene Forderungen im wesentlichen berücksichtigt worden. Wir werden der Vorlage in der Ausschussfassung zustimmen.

Abg. v. Kardorff (Dp.): Meine Freunde werden mit einem Ausnahmefall, nahezu geschlossen, der Vorlage zustimmen. Wir sind überzeugt, daß nur die jetzige Zeit der politischen Spannung es verhindert, daß alle Parteien ohne Ausnahme den Fortschritt freudig begrüßen, den die Vorlage mit sich bringt. Wir werden den bayerischen Wünschen noch weiter entgegenkommen, nicht aber können wir für den Antrag Eminenzen, der die Einsetzung des Leiters des Reichskriminalpolizeiamts von der Genehmigung des Reichsrats abhängig machen will. Das Verhältnis Bayerns zum Reich ist das große politische Problem unserer Zeit. Es ist das Problem der Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches. (Beifall.) Wir brauchen jetzt zur Befriedigung vor allem eine Verfassung der Gerichte. Die Politik der Ultimaten und Drohungen muß endlich aufhören. (Beifall rechts und in der Mitte.) Am Ende eines Wahlkampfes würde der Dollar auf 1000 stehen. Würde er wirklich mit einem Siege der sozialistischen Parteien enden, dann würde uns das Ausland nicht einen roten Heller boragen.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Wenn die Reichsregierung dieses Gesetz schon als Instrument gehabt hätte, so wäre der Mordverwand, der Erbregemord, der Rapp-Bußsch und der mitteldeutsche Kultur nicht möglich gewesen. Wir stimmen der Vorlage nach den Ausschussbeschlüssen zu.

Minister Dr. Röcher: Die Notwendigkeit einer zentralen Regelung der Polizei für das Reich ist schon seit langem, auch von dem bayerischen Justizminister Dr. Müller-Meinungen betont worden. In einer Zeit, in der sich Verbrechen verhalten, ähnlich den italienischen Verbrechen, in Deutschland zeigen, können wir ohne eine solche Regelung nicht die Sicherheit des Reiches aufrecht erhalten. Die Verbrechenorganisation U sitzt heute nicht nur in Bayern, sondern sie verteilt sich über alle Länder, um die Schwierigkeiten auszunutzen, die der Polizei jetzt durch die verschiedenen Zuständigkeiten entstehen. Wir haben auf die Länder alle nur denkbare Rücksicht genommen. Weiter als im Ausschuss können wir nicht mehr gehen. Die Reichsregierung muß die Rücksicht auf die sechs oder sieben Millionen Bayern dann zurückstellen, wenn diese Rücksicht kollidiert mit der notwendigen Rücksichtnahme auf die 60 Millionen deutschen Reichsbürger. (Beifall links.) Gewiß, wir müssen heraus aus der Periode der Ultimaten, aber auch aus der Zeit der Drohungen mit dem Abfall vom Reich. (Sehr laut, links.) Vielleicht gibt es in Bayern Elemente, die auch nur keine Bayern sind (Rufe: Ludendorff), die aber ein Interesse daran haben, die Haltung der Reichsregierung falsch zu beleuchten und die Rufe zwischen Bayern und dem Reich zu erweitern. Die Mehrheit des bayerischen Volkes wird nicht wollen, daß die Verfolgung von Verbrechen erschwert wird aus Gründen der bayerischen Staatshoheit. (Beifall links.)

Abg. Graf (Unabh.): Unter dem Sozialistengesetz hat kein Verbrechen, auch Bayern nicht, dagegen protestiert, daß die Polizei zentrale von sich aus die Verfolgung der bösen Sozialisten betrieb. Wir können Bayern alle Verbrechen, den König Gaudrinas, das Postverbrechen und als höchstes Recht das Rapp-Bußsch (weiter links), aber der Bestand des Reiches darf nicht dadurch gefährdet werden, daß von Bayern aus die Verbrechen unterstützt und gefördert werden. Wir stimmen dem Gesetz zu, um die Republik zu schützen. (Beifall links.)

Abg. Rosen (Komm.) lehnt die Vorlage ab, da nach ihr die Polizei die revolutionären Arbeiter nur noch schwächer verfolgen könnte.

Abg. Unterleitner (Unabh.) befreit, daß die Mehrheit des bayerischen Volkes hinter den Entscheidungen Regers stehe. Die Vorlage wird in der Ausschussfassung angenommen. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr: Dritte Lesungen.

Die Reichstagsfraktion der unabhängigen Sozialdemokratie

beschloß mit 39 gegen 17 Stimmen, dem Gesetze zum Schutze der Republik zuzustimmen. Damit ist eine auch für ein verfassungsmäßiges Gesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit gesichert. Es wird erwartet, daß der Reichstag am heutigen Dienstag alle noch nicht abgeschlossenen Arbeiten erledigen und in die Sommerferien gehen wird.

Die demokratische Fraktion des Reichstages

hat laut „Völkischer Zeitung“ auf Anregung des Reichswehrministers Wesker mit Unterstützung der beiden anderen Regierungsparteien die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung zur Prüfung der Vorwürfe, die gegen die Reichswehr erhoben worden sind und der Art, wie sie der Reichswehrminister erledigt hat, beantragt.

Ersuchen auf Strafverfolgung.

Die Korrespondenz der Deutschen Nationalen Volkspartei veröffentlicht einen Schriftwechsel zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Nationalen Reichstagsfraktion Bergt und dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin, der sich auf die Vorgänge in der Reichstagskammer am Tage der Ermordung Dr. Rathenau bezieht. Der Vorsitzende der Deutschen Nationalen Reichstagsfraktion beantragte Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die unabhängigen und kommunalistischen Abgeordneten, die Helferlich mit dem Rufe „Der Mörder muß raus“ aus dem Saale drängen wollten, wegen Vergehens gegen § 105 StGB. (gewalttätige Enttarnung von Mitgliedern aus einer gleichzeitigen Verlesung des Reiches) und benennt als Täter die Abgeordneten Göllein, Kiemle, Dr. Woles, Könen, Fröhlich und Jubel. Da der Generalstaatsanwalt wegen der Immunität der Abgeordneten die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ablehnte, richtete Bergt an die Staatsanwaltschaft das ausdrückliche Ersuchen, beim Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung der genannten Abgeordneten einzuholen.

Die Reparationsfrage.

Eine neue deutsche Denkschrift.

Die Reichsregierung hat an die Regierungen des Feindbundes eine Denkschrift über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten gerichtet. Die Denkschrift hält sich in dem Rahmen

des Ständungsabkommens, das kürzlich an die Reparationskommission abgegeben ist.

Behandlung der Ratenszahlung.

Die Reparationskommission teilt in einem Communiqué mit, daß die deutsche Regierung die Summe von 32 107 807 Mark 70 Pfennig als Reibetrag für die vierte Rate vom 15. Juli geleistet habe, deren Zahlung von der Reparationskommission am 21. März vorgeschrieben worden war.

Der Bericht des Garantenausschusses.

„Newport Herald“ glaubt zu wissen, daß der Garantenausschuss sich in den Bericht über seine Berliner Mission, der diese Woche der Reparationskommission vorgelegt wird, auf den Standpunkt stellen werde, daß Deutschland tatsächlich das verlangte Moratorium brauche, daß es aber in der Lage sei, größere Sachleistungen zu machen, als bis jetzt verlangt worden seien. Obwohl das Garantiefomitee so gut wie einstimmig Deutschland zum Teil selbst für seine finanziellen Schwierigkeiten verantwortlich mache, nehme man nicht an, daß die Reparationskommission diese Verantwortlichkeit als vorläufige betrachten werde. Das Blatt glaubt, daß die Reparationskommission erreicht werde, eine Möglichkeit ausfindig zu machen, mittels deren Deutschland auch während des Moratoriums wenigstens die nicht auf die Reparationen bezüglichen laufenden Rechnungen, namentlich die Besatzungskosten, bezahlen könne. In diesem Zweck werde sich Dubois auf eine Vorchrift des Versailler Friedensvertrages stützen, die eine Priorität der alliierten Ansprüche vorsehe.

Poincarés Pläne.

Die „Daily Mail“, die Poincaré sehr nahe steht, weiß zu berichten, Frankreich wolle unbedingt darauf dringen, daß vor der Gewährung eines Moratoriums durch die Reparationskommission die Erklärung abgegeben werde, daß Deutschland bankrott gemacht habe. Die Erklärung der Reparationskommission würde die Alliierten dazu ermächtigen, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Zwangsmaßnahmen zu verhängen, die Poincaré sich nicht entgegen lassen wolle. Insbesondere fordert er eine genaue Kontrolle der deutschen Finanzen. Angeblich verwerde Deutschland in diesem Jahre 7 Milliarden und 700 Millionen Papiermark für die Ausbehaltung seiner Eisenbahnen, 600 Millionen für Arbeiterlöhne, 2 Milliarden für die Ausbehaltung des Telephonnetzes und Telephonnetzes, 500 Millionen für Kanalarbeiten. Während also Deutschland die Alliierten nicht bezahle, verwerde es große Summen für die Ausbehaltung seiner Industrie, wodurch es in der Lage wäre, den Alliierten auf dem Weltmarkt schwere Konkurrenz zu machen. Ferner verwerde Deutschland große Summen für die industrielle Konsolidierung Russlands. Infolgedessen will Frankreich, bevor die Reparationskommission das Moratorium gewährt, die Erklärung abgeben, daß die Zahlungsmöglichkeit von Deutschland freiwillig herbeigeführt wurde und daß infolgedessen die im Versailler Vertrag vorgesehenen Strafmaßnahmen angewendet werden müßten.

Poincaré sieht eine offene Ablage an Pford George ergeben, wenn er sich in der Reparationsfrage nicht Frankreichs Willen fügen wolle. Der französische Ministerpräsident scheint jeden Kompromiß in dieser Angelegenheit durchaus ablehnen zu wollen. Er schickt geradezu vor Drohungen gegenüber England nicht mehr zurück. Allerdings habe, so schreibt der offizielle „Temps“, Poincaré Lord George versprochen, nach dem 15. Juli nach London zu kommen. Aber damals sei von einer Bitte Deutschlands wegen eines Moratoriums keine Rede gewesen. Der Versuch Deutschlands, die Reparationszahlungen zu verweigern, setze den europäischen Frieden auf das Spiel. Nur wenn die Reparationskommission antworten würde, daß eine abschließende Festsetzung Deutschlands vorliege, könnte Poincaré mit Lord George zusammenreffen, natürlich ausschließlich zu dem Zweck, um die gegen Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen zu erörtern.

Lord George über die Kriegsschulden.

In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Lord George im Unterhaus, seine Aufmerksamkeit sei auf den Plan gelenkt worden, nach welchem Großbritannien seine Schulden an Amerika bezahlen solle, aber an Stelle der ihm von Frankreich, Italien und Belgien geschuldeten Summen deutsche Reparationsbonds Serie C anzunehmen und diese dann annullieren solle. Der Plan sei nicht neu, aber er habe die Öffentlichkeit in hohem Maße erregt. Es sei sehr möglich, England, das bezüglich der von ihm während des Krieges geleisteten Verdienste und der Reparationen ein Daueranleiher sei, in die Lage zu bringen, neuen Bürgern alle ihre Kriegsschulden zu erlassen, aber weder von den geleisteten Verdiensten noch von den Reparationszahlungen etwas zu erhalten. Lord George sagte in Erwiderung auf eine weitere Anfrage, daß ein Datum für eine neue Sitzung des Obersten Rates nicht festgelegt sei.

Das Mißverständnis der Reparationen.

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti schreibt im „Verl. Tagbl.“ über das tödliche Mißverständnis der Reparationen. Er bemerkt u. a.: In all ihren öffentlichen Kundgebungen während des Krieges sprach die Entente niemals von Kriegsschulden. Nur für Belgien wurde die Pflicht des Wiederaufbaues anerkannt. Alle Fette und Kleinfette, welche die Grundlage der letzten Verträge bilden, sind reine völlige Verneinungen der Prinzipien, welche die Entente aufgestellt und Wilson proklamiert hat. Das Prinzip der Reparation der Schäden wurde durch ein bloßes Mißverständnis in die Waffenstillstandsabmachungen aufgenommen. Obgleich alle Vertreter der verbündeten und assoziierten Länder hervorhoben, daß ein solcher Pakt nicht mit den Waffenstillstandsbedingungen zu tun habe, beharrte Clemenceau darauf, daß Frankreich diese Genugtuung, vor allem moralische Genugtuung erhalte. Gleich darauf wagten sich die unsinnlichen Tendenzen hervor und entgegen allen vorhergehenden Verpflichtungen verlangte man von Deutschland und den besiegten Völkern Dinge, welche diese nach ihren Sinnen niemals gefordert haben. Deutschland wurde gezwungen, seine Kolonien, Schiffe, Kredit, Handelsorganisationen im Ausland herauszugeben. Außerdem verpflichtete man es noch, eine ungeheure Reparationssumme zu bezahlen. Viele Forderungen lassen sich lediglich aus der Absicht erklären, die Lebensquellen der deutschen Einheit zu verstopfen. Nachdem man Deutschland erst reindeutlich Gebote entziffen und es durch den irischen Danziger Korridor statt in zwei Teile zerhackt hatte, gab es keine Widerstandsmöglichkeit, die nicht in die Erscheinung getreten wäre. Ein Minister konnte am 5. Dezember 1919 dem französischen Parlament eine Entschädigung von 375 Milliarden anfordern, zahlbar mit Zinsen in 34 Annuitäten jede zu 25 Milliarden, von denen 15 750 Millionen allein auf Frankreich kamen. Noch im November 1920 beschränkte ein anderer französischer Minister die Forderungen Frankreichs allein auf 218 Milliarden, davon 77 für Pensionen, 144 für Schäden. Und dabei schloß die französische Entente den gesamten Geld- und Grundbesitz ihres Landes nicht höher als auf 250 Milliarden. Und das durch den Krieg verfallene Gebiet war doch nur ein kleiner Teil. Nitti verweist an Hand des amtlichen Materials die verschiedenen Phasen der Reparationsforderungen mit ihren weniger abnormen aber doch noch tolen Forderungen und fährt fort: Dies ist die Geschichte der ungewöhnlichen Komödie der Reparationen, welche Europa erregt und es in zwei Lager spaltet und Deutschlands Auferstehung verhindert. Die Reparationsforderung allein kosten im veranschlagten Jahre 1600 Millionen Goldmark, also mehr als Deutschland geben kann. Deutschland, das alles verloren hat, soll eine unmögliche Entschädigung bezahlen. Derweilen ist Frankreich und Italien nicht im Stande, an England das

Kapital ihrer Schulden zurückzugeben und an die Vereinigten Staaten nicht einmal die Zinsen. Alles was Deutschland gezwungen ist, an Reparationen zu zahlen, ruft neue industrielle Krisen hervor. Wenn die ungewöhnlichen Friedensschlüsse noch nicht ebenso viele Menschen vernichteten wie noch gewiß ebensoviel Wohlstand, wie der Krieg. Jeder Tag bedeutet neue Enttäuschungen. Trotzdem bringt jeder Tag neue Verträge. Es ist wie ein Kampf der Gewalt, der die Seelen verbrennt. So sind in Europa heute mehr Menschen unter den Waffen als vor dem Krieg. Wenn die Vereinigten Staaten sich von der wahren Gefahr überzeugen wollten, welche Europa und die ganze Welt bedroht, und davon, daß diese Gefahr ganz allein von dem dummen System der Reparationen ausgeht, so würde das einen großen Fortschritt Deutschlands bedeuten.

Die Reichsministerkonferenz.

hat sich gestern in Paris im Ministerium des Reichens versammelt. Sie befaßte sich mit der Regelung der Bedingungen nach denen die Deduktion der Kosten der Interalliierten Kommission für Oberbefehl erfolgen soll.

Militärische Übungen einer Geheimorganisation.

In Breslau wurde der „Hochschulein deutscher Art“ aufgelöst. Ein Bericht der Breslauer beim Oberpräsidenten in Breslau besagt, daß im Oktober 1921 bis zum Sommer 1922 wiederholt militärische Übungen einer Organisation stattfanden, deren Leitung in den Händen der Studenten Heinrich und Dietrich von Hedlich und Reinhold lag. Als weitere Führer nahmen mehrere andere Studenten an den Übungen teil. Sie befanden sich sämtlich in Untersuchungshaft. Wegen des Vorgesetztenmannes Steinwäcker, der an der letzten Übung als militärischer Instrukteur teilgenommen hatte, ist die sofortige Einleitung eines Disziplinarverfahrens veranlaßt. Er ist ebenfalls verhaftet worden. Die Gesamtzahl der Teilnehmer an den Übungen betrug etwa 70. Ihre Namen sind durchweg bekannt. Die bisherigen Vernehmungen ergaben, daß sie zur Teilnahme an der Geheimorganisation vom Hochschullehrer deutscher Art aufgefordert wurden. Es ist von der Organisation auch schon mit Gewehren und Maschinenwaffen geschossen worden, deren Herkunft noch nicht einwandfrei festgestellt worden ist.

Von der Haager Konferenz.

Der Vorsitzende der russischen Delegation Litwinow hat dem Vorsitzenden der nichtrussischen Delegation, Vatin, ein Schreiben geschickt, in welchem er eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der drei nichtrussischen Unterkommissionen mit den Mitgliedern der russischen Kommission vorschlägt, um über die Möglichkeit einer Grundlage für die Fortsetzung der unterbrochenen Verhandlungen zu verhandeln. — Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die Vorsitzenden der nichtrussischen Delegation Litwinow eine Antwort angehen ließen, in der es heißt, die Zusammenberufung einer von Litwinow erbetenen Versammlung der Vorsitzenden der drei nichtrussischen Kommissionen zusammen mit der russischen Delegation zum Zwecke der Unterbrechung der Verhandlungen für die Fortsetzung der jetzt unterbrochenen Verhandlungen sei nicht annehmbar und zwar deshalb, weil die Vorsitzenden der drei Unterkommissionen keinerlei Organ bilden und deshalb nicht zu Verhandlungen berechtigt sind. Obwohl der allgemeine Einbruch besteht, daß Litwinows Schreiben keinerlei Erklärungen enthält, hat der Brief von Vatin vom 15. d. M., dem Vorsitzenden der Unterkommission für privates Eigentum, in dieser Beziehung, zur Vermehrung eines Mißverständnisses, am Dienstag 11 Uhr vormittags mit der russischen Delegation zusammenzukommen. Diese Versammlung hat nur den Zweck, der russischen Delegation Gelegenheit zu geben, sich unmissverständlich mitteilen zu lassen, daß sie keine Absicht hat, die Verhandlungen zur Abänderung ihrer Erklärungen zu machen. Lord George sagte im englischen Unterhaus in Erwiderung auf eine Anfrage betreffend die Haager Konferenz, wenn es nicht gelinge, in erster Stunde über den toten Punkt hinauszukommen, so werde die britische Delegation Ende dieser Woche zurückkehren. Kentworthin fragte, ob und wann die nächste Konferenz in London stattfinden werde. Lord George erwiderte, Kentworthin müsse sich solange gedulden, bis die britische Delegation der Regierung über die Vorgänge in Haag berichtet hätte.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ueberfall auf einen Abgeordneten. Der deutsche nationale Abgeordnete Nieseberg, der den Wahlkreis Cuedlinburg vertritt, wurde am Sonntagabend auf dem Heimwege nach seiner Wohnung in der Rückertstraße in Berlin von zwei Männern, in deren Begleitung sich zwei weibliche Personen befanden, überfallen. Der eine der Männer rief: „Das ist er, der im grauen Anzug!“ worauf der andere dem Abg. Nieseberg mit einem schweren Gegenstand einen Schlag über den Kopf versetzte. Die Angreifer ergriffen die Flucht. Der Abg. Nieseberg begab sich am Montag nach dem Reichstag, erlitt aber infolge der Verletzung einen schweren Schwereanfall, so daß er von dem Abg. Dr. Woles in Behandlung genommen werden mußte.

Dr. Simons zum Reichsgerichtspräsidenten gewählt. Der Reichstag stimmte dem Vorschlage seines lebenden Ausschusses zu, für die durch den Tod des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Delbrück erledigte Stelle Reichsminister a. D. Dr. Simons zu wählen.

Die Fernerungsaktion für die Beamten. Im Beamtenausschuß des Reichstages erklärte zu der Frage von Teuerungsmassnahmen ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, der Reichsfinanzminister werde hinsichtlich der erneuten Teuerungsmassnahmen noch in dieser Woche in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen eintreten. Die Mitglieder des Ausschusses sollen an den Verhandlungen teilnehmen.

Lohnvereinbarung im Ruhrgebiet. In den gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Bergewerkesverbandes und der Angeestelltenverbände in Essen wurde folgende Vereinbarung getroffen: Für die Zeit vom 1. Juni bis Ende Juni wird auf das Rai-Gehalt eine Zulage von 15 Prozent, für den Monat Juli auf das Rai-Gehalt eine Zulage von 40 Prozent gewährt. Die Stellenzulage wird um 1100 Mark erhöht.

Die Oberbefehlskommission in Berlin. Heute, Dienstag, trafen die Mitglieder der Gemischten Kommission für Oberbefehl mit dem Präsidenten Calonder in Berlin ein, um sich der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung vorzustellen. In Ehren der Mitglieder der Gemischten Kommission findet nach einem Empfang beim Reichskanzler ein Frühstück beim Reichspräsidenten statt. Für den Dienstagabend hat der Reichskanzler die Mitglieder der Gemischten Kommission und führende politische Persönlichkeiten zu einem Essen in der Reichskanzlei geladen.

Verboten. Der Staatsrat von Andalt hat das Ercheinen der „Anhaltischen Rundschau“ in Dessau wegen eines „Wilden Parteipolitik hat Demokratie“ betitelten Artikels in Nr. 104 des Organs auf vier Wochen verboten.

Polizeireisende Lebensmittel nach der Ukraine. Der Rat der Kommissare der ukrainischen Sowjetrepublik hat am 8. Juli eine Verfügung über die polizeiliche Einfuhr von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln erlassen, die vom Auslande

nach der Ukraine an die Adresse der Wohlfahrtsorganisation geschickt werden. Die Einführung ist vorläufig bis 1. Januar 1923 gültig und bezieht sich auf Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, Schuhzeug, Seife, Medizinamente, ärztliche Instrumente usw. Nähere Auskünfte erteilt die ukrainische Handelsvertretung in Berlin W. 15, Joachimstalerstraße 35.

Republik Österreich

Ein qualvoller Kaffee. Der „Morgen“ wird erfahren haben, daß die Wiener elektrische Industrie von der englischen Regierung einen Auftrag zum Ausbau des neuen Telefonnetzes in ganz Britisch-Indien erhalten habe. Der Auftrag soll einen Wert von einigen hundert Milliarden Kronen darstellen.

Deutsches und Sächsisches.

Miela, den 18. Juli 1922.

Wohnungsnot und Mietsteigerung. Allen Wohnungsuchenden und den Inhabern selbständiger Wohnungen bringt die Einführung des Reichsmietengesetzes und der Wohnungsabgabe eine neue Sorge, nämlich diejenige, wie diese im Gemeininteresse unvermeidlich gewordene Ausgabenvermehrung in Einklang mit den verfügbaren Mitteln gebracht werden soll. Von amtlicher Seite wird hierzu in einer in dieser Zeitungsnr. abgedruckten Bekanntmachung eine beachtliche Anregung gegeben. Eiernach können Wohnungsuchende, die sich verbindlich machen, andere Wohnungsaufgebende: Personen (Eltern, Verwandte, Bekannte usw.) aus bestehender selbständiger Mietaufgabe kommende Wohngelegenheit bei sich aufzunehmen, bei ihren Wohnungvergabebeanträgen vorzugsweise Berücksichtigung erwarten und erhält noch derjenige, der durch Zusammenziehen in der beschriebenen Weise die Zahl der in Mietaufgabe des Wohnungsbauamt vergebaren selbständigen Wohngelegenheiten vergrößert. Je nach den Umständen und Befinden des Rates der Stadt Miela eine Umzugsprämie bis 1000 Mark und mehr. Es kann die Zubehörmachung dieser amtlichen Einweisung hermit allen Interessierten, auch zwecks Abänderung der örtlichen Wohnungsnot, hiermit nur aus Dringlichkeit anempfohlen werden.

Republikanische Schulerziehung. Um die Schulerziehung der Jugend im republikanischen Geiste zu sichern, haben das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts und das Reichsministerium gemeinsam eine Verordnung an alle ihrer Oberaufsicht unterstellten Schulen erlassen, die auch für die Schulen des Ministeriums des Innern übernommen worden ist. Alle Lehrkräfte haben ihren Beruf im Geiste der neuen republikanischen Staatseinrichtungen auszuüben, ganz besonders im geschichtlichen, volkswirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Unterricht. Was diesem Zweck in Wort und Schrift zuwiderläuft, ist verboten. Unter dieses Verbot fällt besonders das Herabsetzen und Verächtlichmachen von Angehörigen einzelner Bekenntnisse oder Klassen, also auch antilegitime Äußerungen. Sachlichkeit, Duldsamkeit, Versöhnlichkeit und Verhältnismäßigkeit sind die leitenden Grundsätze für den Unterricht. Alles Tragen politischer Abzeichen durch Schüler und Lehrer ist verboten. Aus den Schulanordnungen sind Bücher zu entfernen, die die Republik zu schädigen geeignet sind, und besonders solche, die eine Verherrlichung der Monarchie und verfassungswidrlicher Einrichtungen enthalten. Die zunächst verantwortlichen Stellen haben für strenge Durchführung dieser Bestimmungen zu sorgen und nötigenfalls bei dem Ministerium Anzeige zu erheben. Die Zuwiderhandlung wird bei Lehrkräften mit der Entlassung aus dem Schuldienst, bei Schülern und Schülerinnen mit strengen Schulstrafen und an den höheren Schulen und an den Schulen des Reichsministeriums mit Entziehung von der Schule bestraft. Diese Strafe trifft auch solche Lehrkräfte und Schüler, die Vereinigungen angehören, die einen Umsturz der republikanischen Staatsform zum Ziele haben, solche Schüler, die an antirepublikanischen Kundgebungen und Versammlungen teilnehmen. Die gleichen Verbote und Strafanordnungen treffen außer den Lehrkräften andere Beamte und Angestellte an den Schulen.

Wie das Publikum gekauft wird. Den Zeitungen folgendes mitgeteilt: Vor einigen Tagen spielte an der Promenade am Neumarkt ein Bettler Geige. Ein um den Straßenbahnmarkt geschlungener Wollmantel erweckte den Anschein, als handle es sich um einen Kriegsbeschädigten. Eine blaue Brille künftige Faltschuldigkeit vor. Auf Befragen erklärte der Geiger, kriegsbeschädigt zu sein und für wohlthätige Zwecke zu spielen, ein Teil seiner Einnahmen läme Witwen und Waisen zugute. Durch ein Mitglied der von dem Ortsamt für Kriegerversorgung eingesetzten Kommission gegen das Bettelwesen wurde der Geiger als der übermächtig J. Langer aus Otschak festgehalten. Er ist nicht kriegsbeschädigt und seine Angabe, für wohlthätige Zwecke zu spielen, war erlogen. — Ein anderes Kommissionsmitglied stellte in einer Gastwirtschaft zwei bettelnde Kriegsbeschädigte fest, die — der eine als blind mit blauer Brille von dem anderen, der stark schüttelte, geführt — reichlich Gaben zugeworfen erhielten. Beide waren jung, gesunde aber arbeitsfähige. Wiederholt vorbestrafte Menschen, denen der Wille zur Arbeit fehlt. — Beide Fälle zeigen wieder, daß es richtig ist, im Kriegsbeschädigtenwesen auftretende Bettler überhaupt nicht zu

unterstützen, sondern an das Ortsamt für Kriegerversorgung zu verweisen.

Der Parteitag der sächsischen U.S.P. Der „Sächsische Zeitungsdienst“ schreibt: Nachdem sich am Sonntag vorher die sächsischen Mehrheitssozialdemokraten auf ihrem Gemeinderatstag mit der Frage einer eventuellen Wiedervereinigung mit der U.S.P. beschäftigt haben, wurde diese Frage auch auf dem am Sonntag und Montag in Plauen abgehaltenen Parteitag der U.S.P. erörtert. Während die Mehrheitssozialdemokraten in Chemnitz zur Wiedervereinigung trieben, waren die Unabhängigen in Plauen weit abgeneigter. Minister Lipinski bekannte sich auch weiter als Gegner baldiger Vereinigung mit der U.S.P. Die Ausführungen saß aller anderen Redner bewegten sich in gleicher Richtung, und in einer Entschließung wurde auch nur der Wille betont, die Kampfgemeinschaft mit der U.S.P. aufrechtzuerhalten. Minister Lipinski vertrat den Standpunkt, daß an dem Wort an Mathemau nicht nur die Deutschenationalen, sondern auch alle anderen bürgerlichen Parteien bis zu den Demokraten mitschuldig seien. — Die kommunistenfreundliche Disposition wurde mattgeleitet und der Landtagsabgeordnete Liebmann fand insofern seinen mit seiner Kritik der hohen Ministergehälter und der Sozialpolitik des Ministers Lipinski sehr wenig Anklang.

Höchstpreise für Maurerregel. Das Erreichen von Wohnbauten selbst außerordentlich unter den letzten Monaten überhöhten Preissteigerungen namentlich für Maurerregel. Die sächsische Regierung sah sich deshalb genötigt, für Maurerregel wieder Höchstpreise einzuführen. In der Kreisbauhauptmannschaft Dresden trafen am 15. Juli an bis auf weiteres 1000 Maurerregel ab Werk frei Plauen bis zu 2400 Mark, in den Amtshauptmannschaften Weichen und Kamens bis zu 2850 Mark, in den Amtshauptmannschaften Pöben und Ritzsch bis zu 2900 Mark. Bei Kleinverkäufeln wird ein Zuschlag auf den Kaufpreis erhoben: Bei unter 1000 Stück 5 Prozent, unter 1000 Stück 10 Prozent. Die Preise sind im Einvernehmen mit der Landespreisprüfstelle festgesetzt worden.

Schlaglöhne ist auch jetzt noch verboten. Das Wirtschaftsministerium hat neuerdings die Polizeibehörden angewiesen, streng darauf zu sehen, daß das Verbot, vor allen Dingen in Kur- und Badeorten, außer Acht gelassene Verbot der Herstellung und des Betriebes von Schlaglöhnen wieder beachtet wird. Die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Arbeitslohnverteilung erheischt auch jetzt noch strengste Durchführung dieses Verbotes. Wegen Zuwiderhandlung wird in Zukunft nicht nur mit den Strafen, die die einschlägige Verordnung vorseht, vorgegangen, sondern sie haben auch noch Schließung ihrer Geschäftsbetriebe zu gewärtigen.

Polizei-Einfuhr aus polnischen Ober-schlesien. Die von der polnischen Regierung nach dem deutsch-polnischen Abkommen über Ober-schlesien zu über-reichende Freiliste kann zur Zeit noch nicht in Kraft gesetzt werden, da die Verbringung der zur Anwendung dieser Liste notwendigen Unterlagen seitens Polens noch aussteht. Zur möglichen Befreiung der hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten wird ein Delegierter des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung in Döbeln bis auf weiteres jederzeit widerruflich Bewilligungen erteilen.

Reihen. Die Stadtverordneten beschlossen, die Straßenbahnlinie von neuem zu erhöhen. In Zukunft kostet jede Fahrkarte 2 Mark. Der Feuerungsanschlag im Güterverkehr wird von 4,500 auf 5,800 Prozent erhöht. — In der Herstellung eines Modenpieles aus Porzellan für die Stadtkirche, schreibt das „M. L.“, der Urheber dieser Mitteilung hat weder die Porzellanfabrik Lüben gehört, noch weiß er, wo sie hängen. Das Porzellanmodell ist erst in Arbeit genommen worden.

Dresden. Zu Beginn der Deutsch-spanisch-amerikanischen Woche in Dresden fand am Montag eine öffentliche Führung durch die Jahresausstellung deutscher Arbeit (Keramik und Glas) statt. In diese Führung schloß sich ein Frühstück, bei dem der Vorsitzende der Jahresausstellung, von Prehmer, die Erschienenen begrüßte und herzlich für das lebhafte Interesse dankte, das zahlreiche Staaten durch Entsendung von Gefandten und Konsuln an dieser Veranstaltung bekundeten. Unter den Erschienenen bemerkte man die Herren Gefandten Erzelenz Dr. Alfredo Caturelli aus Mexiko und Erzelenz Dr. Suanvilia Guarch aus Uruguay mit ihren Damen, die Herren Generalkonsuln Valle aus Berlin, Beredo für Mexiko, Ambrosio Merino Carballo aus Prag für Chile, Geheimere Legationsrat von Hildtosen aus Hamburg für San Domingo, Regierungsrat von Freden vom Reichsanwanderungsamt, Berlin, die Konsuln Edo Dants für Spanien, Pedro Paulet aus Dresden und Antonio Hochpöpler aus München, beide Vertreter für Peru. — Im Auftrage des Auswärtigen für die spanische Woche bot Stadtrat Dr. Hopf in deutscher und spanischer Sprache einen herzlichen Willkommen, in dem er die historische Entwicklung dieser Zusammenkunft skizzierte und der Hoffnung der Veranstaltung für ihre weitreichende günstige Wirkung Ausdruck gab. Aus der Reihe der Gäste gab der Generalkonsul von Chile auf Grund des günstigen Eindruckes, den trotz der schwierigen Zeiten die spanisch sprechende Welt von den wirtschaftlichen Kräften Deutschlands gewonnen hat, der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland die gegenwärtige Krise siegreich überwinden möge, während Generalkonsul Paulet die Weisheitsleistungen der deutschen Organisation pries und sie

als Vorbild für ibero-amerikanische Unternehmungen hinstellte.

Mittweida. Aus einem kleinen Tabak-Engros-Geschäft wurden 77 100 Zigaretten, 500 Zigarren und ein Tabirad im Gesamtwerte von 110 000 Mark gestohlen.

Burgstädt. Die sozialistischen Vertreter der beiden sächsischen Kollegien hatten bekanntlich die Mitarbeit mit Herrn Brauermeister Dr. Roth abgelehnt und waren den Sessungen ferngeblieben. Nach diesem vierteljährlichen Streik haben nunmehr die Mitglieder der sozialistischen Fraktionen ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Da auch die Beamten, deren Streikbeschluss seinerzeit Aufsehen erregte, in alter Treue in ihren Ämtern tätig sind, ist anzunehmen, daß der Burgstädter Rathauskrieg sein Ende gefunden hat.

Chemnitz. Am Sonnabend fand die amtliche Uebernahme des neuen Vorortes Selnersdorf in die Stadt Chemnitz statt.

Reinsdorf bei Zwickau. Dieser Tage wurde, wie die „Zwickauer Zeitung“ meldet, ein hier wohnhafter 19-jähriger Zimmermann festgenommen. In seiner Wohnung fand die Polizei gegen 20 Jagdrevolver. Er hatte die Waffen von den Wünderungsjahren mitgebracht und bei sich versteckt.

Stollberg. Ein „Süßespriker“ ist in einem kleinen Kino aufgetreten und hat in wiederholten Fällen Damenbekleidung völlig verdorben.

Leipzig. Am Sonnabend abend gegen 9 Uhr ist im Alterflusse in der Nähe der Karl-Heine-Brücke ein 20-jähriger Buchbinder in einem sogenannten Gänzländer ertrunken. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Leipzig. Die Stadtverordneten haben in einer geheimen Sitzung den Antrag des Rates auf Aufhebung des dem Lösung des Stadtvertrages mit der Leipziger Centraltheater-Aktiengesellschaft zugestimmt, weil er der Meinung ist, daß er den erforderlichen Zuschuß für das Operntheater von 2 300 000 Mark bei der finanziellen Not der Stadt in Zukunft nicht mehr tragen könne. Es müßte deshalb die Aufgabe der städtischen Operette beschloffen werden.

Die Abnahme des Welthandels.

Die Zusammenkürzung des Welthandels hat von 1920 auf 1921 beträchtliche Fortschritte gemacht. D. R. Austin, der Statistiker der National Civic League in New York, berechnet diese Abnahme auf rund ein Drittel. Er stützt sich dabei auf amtliche Berichte aus den 25 wichtigsten Handelsländern der Erde ohne Deutschland, ohne das alte Österreich-Ungarn und alles, was östlich davon liegt, aber einschließlich Rumänien. Diese 25 Länder repräsentierten vor dem Kriege 75 Prozent des gesamten Welthandels, sodas man aus dem Gesamtwerte ihrer Ein- und Ausfuhr im Betrage von 79 Milliarden im Jahre 1920 und 52 Milliarden Dollar für 1921 auf einen Gesamt-Welthandel von 118 Milliarden Dollar im Jahre 1920, aber nur von 79 Milliarden im Jahre 1921 schließen könne. Der Rückgang des Jahres 1921 habe die Fertigung stärker getroffen, nämlich mit 50 Prozent, als die Rohstoffe mit 47 Prozent; für Großbritannien sei der Unterschied noch bedeutender, 48 Prozent und 27 Prozent. Am stärksten sei der Unterschied in der Ausfuhr: Länder mit Waren-ausfuhr hätten viel stärkeren Ausfall als solche mit landwirtschaftlicher Ausfuhr, deren Rückgang durchschnittlich 20 Prozent betrage. Rohstoffe und Rohstoffe seien nämlich überall gesucht, an dem Einkauf von Fertigwaren werde überall gespart.

Der Rückgang der Industrie springt besonders bei der Erzeugung von Eisen und Stahl in die Augen. In den Vereinigten Staaten arbeiteten nach einer schätzmäßigen Aufstellung im „Stahl und Eisen“ in dem erzeugungreichsten Monate, Juli 1920, von 435 vorhandenen Hochöfen 293, ein Jahr später aber nur noch 69, bei weitem noch nicht der 6. Teil der vorhandenen, und Dezember 1921 erst wieder 125, also 28 Prozent. In England arbeiteten von 487 Hochöfen ebenfalls im Juli 1920 303, ein Jahr später unter dem Einflusse des Bergarbeiterausstandes gar nur 15, im Oktober 1921 wieder 82 und im Dezember 90, also noch lange nicht der 5. Teil. Der Bergarbeiterausstand war aber nicht allein schuldig an diesem Daniederliegen der Hochöfenarbeit, denn schon in den 3 Monaten vor seinem Beginn hatte sich die Zahl der arbeitenden Hochöfen von 232 auf 109 vermindert. In Frankreich und Belgien trat die starke Abnahme etwas später ein. Frankreich hatte Januar 1920 69, Januar 1921 93 Hochöfen von 220 vorhandenen im Betriebe, deren Zahl bis Oktober 1921 auf 51, also auf weniger als 25 Prozent, fiel, um dann wieder langsam zu steigen. Belgien hatte im Januar 1920 12, im Dezember 27, also die Hälfte seiner 54 Hochöfen im Betriebe, deren Zahl bis Oktober 1921 auf 11, also auf kaum mehr als den 5. Teil der vorhandenen fiel und dann wieder anstieg. Unter den 56 arbeitenden Hochöfen Frankreichs befanden sich im Dezember 1921 24 im ehemaligen Reichs-Lothringen von 65 vorhandenen. Gerade auf diesem Gebiete zeigt sich auch der Ausfall des deutschen Bedarfs. Deutschland hat Eisenmangel, ist aber infolge seiner Verarmung nicht in der Lage, ihn durch Einfuhr aus dem Auslande zu decken.

Das Handel und Industrie am Ende des Krieges nicht auf der Höhe standen, wie an dessen Anfang, ist natürlich; daß sie sich nicht wieder erholen, sondern weiter zurückgehen, ist die Folge der Friedensschlüsse, durch die alle am Weltverkehr beteiligten Länder geschädigt werden.

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Wiedermetzzeit von Anna Wolke. Amerikanisches Copyright 1918 by Anna Wolke-Mahn, Leipzig.

41. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Du machst dich ja ganz zunichte“, tadelt Zulchen. „Denke doch — morgen die Hochzeit und die vielen Anwesenheiten. Dortchen muß ja jeden Augenblick kommen. Das Feuer ist aus, wenigstens doch gedämpft, man sieht keine Flamme mehr.“

Leberrecht stand, einen schwarzen Mantel übergeworfen und einen Zeigenschal über das dunkle Haupt geschlungen, mitten im Zimmer. Grau dämmerte der Morgen herein. „Ich muß Dortchen suchen gehen“, rief sie erregt, „wenn Leberrecht heimkommt und findet Dortchen nicht, dann ist der Schandol fertig. Wir können für den Hochzeitstag wirklich keine Aufregungen mehr brauchen.“

In demselben Augenblick öffnete sich die Tür und Leberrecht Bauer stand in der Schwelle. Sein Antlitz war von Rauch geschwärzt, und sein Feuerwehrausgang, den er vorhin überworfen, triefte vor Wasser.

„Ihr seid noch auf?“ fragte er erstaunt. „Ich ließ doch sagen, daß keine Gefahr.“

Befremdet blickte er Leberrecht, die zum Ausgehen angesprochen vor ihm stand.

„Wo ist Dortchen?“ riefen die drei Frauen wie aus einem Munde.

„Dortchen? Ja, ist sie denn nicht hier?“

Alle schüttelten den Kopf, und Leberrecht wandte, so daß ihr Mann sie sehen mußte.

„Wir glaubten Dortchen beim Feuer“, hauchte sie, und die Tanten riefen:

„Ja, mit Wiese, Wiese ist auch nicht da.“

„Ja, habe sie nicht gesehen“, gab Leberrecht Bauer beruhigt zurück — „auch Andreas war nicht da. Er pflegt sich sonst nicht bei solchen Sachen zu brühen.“

„Ihr Mannes Augen funkelten sie drohend an. Dafür gibt es gar keine Entschuldigung. Und mit dem Wibel will ich mal ein ernstliches Wort reden. Es ist einfach unerhört, bei Nacht auf die Straße zu rennen, noch dazu an ihrem Hochzeitstage.“

Die beiden Schwestern des Landherrn haben sich eilig zurückgezogen. Wenn Leberrecht so aussah, dann war es am besten, man ging ihm aus dem Wege.

„Was soll das?“ fragte er unwillig, auf Leberrechts Mantel deutend.

„Ich hatte solche Angst um Dortchen“, stammelte sie, kaum hörbar, ein Wort zu reden.

„Wahrscheinlich ist Dortchen längst zurück“, sagte Leberrecht, „ich will gleich nachsehen.“

Mit wuchtigen Schritten ging er hinaus und auf Dortchens Zimmer.

Leberrecht folgte ihm.

Leberrecht Bauer rief die Tür zu dem Mädchenzimmer auf.

Die Fenster waren weit geöffnet. Fahlgarces Dämmlicht lag durch das Gemach. In dem Fließerbusch vor dem Fenster sang eine Amsel ihr Morgenlied.

Auf der Schreibtischplatte aus hellem Ahornholz lagen zwei Briefe. Der eine fein und zierlich gefaltet, der andere auf grobem Papier, mit großen, ungelentken Schriftzügen. Beide waren sie an Leberrecht Bauer gerichtet.

Leberrecht fand, als sie die Briefe sah, aufstehend in die Knie.

„Sie ist fort, das Dortchen.“

„Ich habe es gehört. Unsere Gärtin hat sie ins Unglück gelagt. O, mein Gott, wie soll ich es ertragen?“

„Schweig“, schrie Leberrecht sie an — so hatte er sich noch nie zu Leberrecht gehen lassen — dann schloß er die Fenster.

Sein Blick hatte etwas Starres, Unheimliches.

„Wißt du nicht lesen“, flüsterte Leberrecht, sich mühsam aufrichtend. „Die Briefe geben gewiß Aufschluß.“

Leberrecht Bauer lächelte schmeidend auf.

„Ich kenne das Ende. Ausgerückt ist sie mit dem

Calunken. Leberrecht Bauer ist nicht der Mann, der sich das gefallen läßt.“

„Krafftlos aber sank er plötzlich in den Stuhl vor dem Schreibtisch zusammen.“

„Dies du, Leberrecht“, bat er, und seine Stimme war plötzlich ganz sanft. „Ich vermag es nicht.“

Mit zitternden Händen entfaltete Leberrecht den ersten Brief. Näher an das Fenster tretend, las sie mit schwanfender Stimme:

„Mein geliebter Vater!“

Wahrscheinlich werde ich Dich zum letzten Mal so nennen, denn ich weiß nicht, ob mir das Schicksal jemals vergönnt, wieder an Dich zu schreiben. Wenn Du diese Zeilen findest, dann bin ich auf dem Wege in ein fremdes Land, mir eine neue Heimat dort zu suchen, da mir mein Vaterhaus keine Heimat mehr sein will und kann. Ich weiß, daß ich Dir weh tue, Vater, doch Deine Güte zwingt mich zu einer Tat, die ich niemals begangen hätte, wenn Du mich nicht morgen mit unbilligen Ketten an einen Mann schmieden wollest, den ich nicht liebe, den ich verachte. Umsonst war mein Flehen, umsonst meine Bitten. Nicht mal der Gedanke an meine tote Mutter, die so viel hat leiden müssen, weil Du sie nicht verstanden, wie Du Deine Kinder nicht verstandest, konnte Dein keimernes Herz erweichen. Ich folge dem Mann meiner Liebe in ein fernes, unbekanntes Land, vangehen, aber freudigen Herzens. Sein starker Arm wird mich halten, wenn ich zusammenbrechen will unter der Last, daß ich gegen der Eltern Wunsch und Willen eine Ehe schließe, die allein mir Glück verheißt. Ich habe Gebete lange an Mütterts Grab gebetet und ihr, der Toten, meine Sorge, meine Angst, meine Qual vertraut, weil ich ja zu meinem Vater, der meine Liebe immer verschmähte, nicht flüchten kann in meiner Herzensnot. Ich habe von der helligen Stätte die Gewißheit mit fortgenommen, daß Mütterchen mir nicht zürnt, daß sie mich verzeihend vom Himmel auf ihr unglückliches Kind herniederblickt, das seinen anderen Ausweg sieht, als aus dem Vaterhause zu fliehen, vor dem eigenen Vater zu flüchten, der ihr better Freund sein sollte, und der nur Güte für mich hat und Strenge.

Fortsetzung folgt.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. Juli 1922.

Die Sanitätsmission für Südrußland.

Berlin. Dem deutschen Roten Kreuz wird aus Gorkow gemeldet, daß die für Südrußland bestimmte Sanitätsmission unter der Führung Dr. Breuersdorf am 9. 7. dort eintraf und freundlich empfangen wurde. Den Universitätsinstituten und der ukrainischen Sanitätsorganisation wurden Medikamente überwiesen. Am 11. 7. fand die Weiterfahrt nach Odessa statt, von wo aus Lebensmitteltransporte in das Hungergebiet geleitet werden.

Die Verhandlungen mit der Garantief Kommission.

Berlin. Die Reichsregierung hielt am Montag nachmittag im Reichstag eine Sitzung ab, die sich wiederum mit der Reparationsfrage und den Verhandlungen mit dem Garantief Komitee beschäftigte. Dieses wird am heutigen Dienstag in Berlin verhandelt. In der Sitzung der Reparationskommission, über den bisherigen Gang der Reparationsverhandlungen mit dem Garantief Komitee berichtet die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite, daß die in der Presse zum Ausdruck kommende optimistische Beurteilung nicht den Tatsachen entspricht, sondern daß vielmehr sehr große Schwierigkeiten aufzutreten sind, insbesondere in bezug auf die Frage der Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und vor allem der Finanzkontrolle. Der Optimismus ist entstanden durch entsprechend gefärbte Berichte aus französischer Quelle, die von der deutschen Presse übernommen worden waren, ohne dabei auf Widerspruch an deutscher amtlicher Stelle zu stoßen. Es verläutet auch, daß die Garantief Kommission Einspruch gegen die unterirdische Verlegung von Telephon- und Telegraphenleitungen erhoben hat, analog dem Einspruch gegen den Erneuerungsfonds in der Reichsbahnverwaltung. Aufeinander sprechen bei diesen Forderungen auch militärische Gesichtspunkte mit.

Das Kabinett Korfanty erledigt.

Warschau. Die Aussichten auf ein Kabinett Korfanty können infolge des scharfen Widerstandes Bilsudskis vor der Hand als erledigt gelten.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik.

Washington. Die streikenden amerikanischen Bergarbeiter haben den Vermittlungsvorschlag der Regierung auf Einleitung eines Schiedsgerichtes abgelehnt. Wie verlautet, soll sich die amerikanische Regierung nunmehr an das amerikanische Volk wenden, um die Streikbewegung im Bergbau und im Eisenbahnerverkehr zum Stehen zu bringen. Auch die Versuche, in der Bewegung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter eine Einigung zu erzielen, sind gescheitert.

Vermischtes.

Schneefall. Infolge des starken Temperaturrückganges ist auf dem Feldberg bei Freiburg und in den höheren Lagen des Schwarzwaldes vorgehen und gestern Schnee gefallen. — Nach Witterungsberichten aus Paris ist auch in Savoyen und Grande-Combe in der vorletzten Nacht Schnee gefallen.

Sturm auf ein Büro. Die der „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Düsseldorf meldet, wurde am 4. Juli das Büro der dortigen Verbindungskasse der Seereservekommission von einem Haufen von 25 bis 30 Mann gestürmt und das dort befindliche Personal auf das ärgste belästigt, weil sie von der Orgesch- und Consulbande seien, die Erzberger und Rathenau ermordet hätten.

Beschlagnahme Militärrentenlisten. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, fanden in der seit ungefähr einem Jahre nicht mehr mit Militär besetzten Garde zu Corps-Infanterie in Potsdam Vertrauensmänner der SPD, außer Teilen von Gewehren und Maschinengewehren rund 200 scharfe Handgranaten, Infanteriemunition, Tornister, 1000 Seilengewehre, 2000 Kochgeschirre und ungefähr 600 meist mit Dakentkreuzen verlebene Stahlhelme. Die Polizei beschlagnahmte das ihr übergebene Material und überwies es der Reichsrentenhandlungsgesellschaft.

Lawinersturz auf dem Mount Everest. Nach einer Meldung der „Newport Herald“ aus Simla wurden bei dem dritten und letzten erfolglosen Versuche, den höchsten Gipfel des Mount Everest des Himalaya, zu ersteigen, sieben Träger durch eine Lawine getötet, während einer der europäischen Mitglieder der Expedition nur mit Hilfe dem gleichen Schicksal entgehen konnte. Dieser letzte Versuch wurde unter der vorzüglichen Leitung des General Dene in Begleitung einer Anzahl bewährter Alpinisten vorgenommen, die mit Sauerstoffapparaten für den letzten Teil des Aufstieges versehen waren, aber trotzdem das Ziel nicht erreichen konnten.

Die vierte Klasse in Süddeutschland. Die Zahl der Fahrgäste in den drei Personenausdrücken ist in Norddeutschland: von etwa hundert Reisenden fahren sechzig in der vierten, dreißig in der dritten und zehn in der zweiten Klasse. In Süddeutschland, ganz besonders in Bayern, sind diese Zahlen 10:8:2. In vielen Zügen läuft die ganze zweite Klasse auf großen Strecken leer. Die dritte Klasse ist gleichfalls so schlecht benutzt, daß sie nur die Betriebskosten erhöht. Daher wird auf Nebenstrecken fast nur noch die Einheitsklasse, also die vierte Klasse, gefahren.

Die Straßenbahnstrahlungsgefahren. Die Anzeichen der Strahlenbahnstrahlung sind überall zu sehen. Man sieht sie schon früh, als sie zum Dienst erschienen, nicht wenig erstaunt, als sie bemerken, daß ihre Strahlenbahn nicht funktioniert. Man sucht nach der Ursache und stellt fest, daß hinter dem Wald von Hohenort am Elektrizitätswerk in Röhren 30 Meter Kabel am Zweckfabel der Straßenbahn von nördlichen Dieben gestohlen worden waren.

Kunst und Wissenschaft.

Der Ausbau zur Ausarbeitung einer deutschen Einheitskurzschrift, der im Reichsministerium des Innern unter Leitung von Staatssekretär Schulz vom 11. bis 13. Juli tagte, hat den Entwurf einer Verfeinerung fertig gestellt und ihn der Reichsregierung überreicht. Dieser Entwurf soll nunmehr der Öffentlichkeit übergeben und dann den beteiligten Reichsressorts und Landesregierungen zugeleitet werden.

Die Welt als Konzertsaal. In Amerika wird eifrig ein neuer Sport betrieben. Seit der Entwicklung der drahtlosen Telephonie und der Vereinfachung der Antenne besitzen nach sachkundiger Schätzung bereits mehr als eine Million Amerikaner einen drahtlosen Empfangsapparat. Die amerikanische Industrie kann, wie „Die Umschau“ berichtet, den riesigen Bedarf nicht befriedigen, und die deutsche elektrotechnische Industrie hat aus diesem Grunde in der letzten Zeit Aufträge für Amerika erhalten. Da es dort, im Gegensatz zu uns, kein staatliches Verfeinerungsmonopol gibt, kann sich jedermann eine drahtlose Empfangsanstalt errichten. Die Rahmenantenne mit ihrer Drahtschleife ist überall unterzubringen, und das Aufnehmen vermittelt drahtloser Telephonie nicht mehr schwierig. Die elektrischen Firmen errichten und bedienen die Sendestationen, deren Kosten, sowie die des abwechselnd zu verstellenden Programms durch den größeren Absatz von Empfangsapparaten reichlich aufgewogen werden. In den Tageszeitungen wird das Programm mit Angabe der jeweiligen Wellenlänge veröffentlicht und steht sich zusammen aus Musik aller Art, Tanzmusik, Konzerten, belehrenden Vorträgen, Kurs- und Sautenhandbüchern, abends Märchenabläufe für die Kinder und vielen sonntäglichen Predigten. Eisenbahngesellschaften haben zum Teil in den Zügen Empfangsapparate eingerichtet, um in besonderen Wagen den Fahrgästen Unterhaltung zu bieten. Sogar die Behörden benutzen die Gelegenheit, einbringlich zu einem großen Hörerfeld sprechen zu können, und in Newport kann man auf diese Weise den Vorträgen des Stadimedizinalrats über Hygiene belauschen.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof zu Dresden am 17. Juli 1922. Auftrieb: 177 Ochsen, 133 Kühe, 308 Kalben u. Kühe, 588 Fäbber, 378 Schafe, 658 Schweine. Preise für 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: 1. 3200-3500, 2. 2700-3000, 3. 2100-2500, 5. 1800-1900. Kühe: 1. 3200-3400, 2. 2700-3000, 3. 2200-2500, 4. 1800-1900. Kalben und Kühe: 1. 3200-3800, 2. 2700 bis 3000, 3. 2200-2500, 4. 1700-2000, 5. 1200-1500. Fäbber: 2. 3400-3500, 3. 3000-3200, 4. 2700-2900. Schafe: 1. 3600-3700, 2. 3200-3400, 3. 1800-2600. Schweine: 1. 6700-6800, 2. 6800-6900, 3. 6400-6600, 4. 5800-6000, 5. 5500-5600. Geschäftsgang: Rinder, Fäbber und Schafe mittelmäßig, Schweine langsam.

Ja. Herr sucht A. 1. Anna, od. später mögl. Zimmer. Su erst. im Tagebl. Niesla.

War auf. solid. Fräulein wird ab 1. August fchl. möbl. Zimmer gesucht. Off. unt. K T 9160 an das Tageblatt Niesla.

Stube, mit oder ohne Möbel, zu mieten gesucht. Offerten unter O T 9164 an das Tageblatt Niesla.

Junges vernünftiges, solides Fräulein sucht für sofort ein möbl. Zimmer in Niesla bzw. Gröba. Off. an Goethestraße 1, J. h. Schneider.

Ehrl. 15-18 jähr. Mädchen für Putz u. früh 7 bis 6 Uhr abds. h. hoh. Lohn, g. Kost und fr. Kaffe sof. od. 1. August gef. Zu meld. bei Frau Schneider, Gröba, Wehstraße 16, 2.

Jg. Mädchen 21 J., im Kochen, Nähen und all. anderen Arbeiten bewand., sucht Stellung. Offerten unter J T 9169 an das Tageblatt Niesla.

Saub. Mädchen in Pensionat b. 4-500 Mk. Lohn, gute Kost und gute Behandl., gesucht. Frau Meumann, Wittwe, Wehstraße 14.

Unständiges Mädchen sucht zum 1. 8. od. 15. 8. Brauerei-Restaurant Hilderau.

Haarwäscherin für Stadt, Kleider, Herdenbüchsen, Antischer, Mädch. f. Land, Entschneider, Fr. Seelig, Stellenverm., Hilderau.

Sticht. Hausmädchen mit Kochkenntnissen, nicht unt. 20 Jahren, bei gutem Lohn u. Verpflegung zum 1. August gesucht. Dorfküchen bei W e n e n, Bahnhofstr. 32, vorm. v. 10-12 Uhr, nachm. v. 4-6.

Für mein Pelzwaren-, Hut- und Nähgeschäft suche eine tüchtige Verkäuferin oder eine lernende. Otto Margenber, Hauptstraße 64.

Suche für sofort ein junges Mädchen als Verkäuferin. Konditorei Gröba.

1 Frau für die ganze Woche sucht Waschanstalt Gröba, Dafenstraße, Hilderau.

Knappjunge für Nachm.-Stunden sucht Thom & Garth, Hauptstraße 54.

Verbandstagung

des Sächs. Schmiede- und Schlosserhandwerks vom 22.-24. Juli 1922.

Anlässlich dieser Tagung wird eine größere Anzahl Uebernachtungen für die Nacht vom Sonntag zum Montag nötig. Wir bitten deshalb alle Einwohner, welche eine Uebernachtung gewähren wollen, dies möglichst umgehend bei Herrn Schlossermeister Albin Vich, Goethestraße, melden zu lassen.

Der Wohnungsausschuß. Röhrlöhnterei Schützenstr. 19. Von morgen Mittwoch ab 9 Uhr. Otto Gundermann, Tel. 273.

Wohnhaus

gleich welcher Art zu kaufen gesucht. Solches mit Geschäftslokal bevorzugt. Angeb. unter P T 9165 an das Tageblatt Niesla.

Ein Hausgrundstück

mit schönem großen Obhgarten bei Liebenwerda und ca. 2 Morgen Acker, sofort zu verkaufen und zu besetzen. Vorkauf auch für Geschäft. Beste Lage in der Kohlenindustrie. Zu erst. bei G. Vehmman, Liebenwerda, Torgauerstr. 10.

Eisen, Metalle, Möbel

Lumpen, Papier, Zelle aller Art, spez. Ziegels, u. Kaninselle

Kauf Rohprodukten-Einlauf Karl Hofmann, Gröba, Dammweg. An- und Verkauf von gebrauchten Möbeln und getragener Garderobe.

Geschlechtsleiden!

Sannbrückenleiden, Gonorrhoe, Blasenentzündung, Weichbubbe, kein Quecksilber, keine Eingriffe, keine Berufshilfe. Zuverlässige Heilung mit unseren neuesten chemischen Präparaten in kürzester, sicherer gegen 6 Woch. auch in Frauen für Doppel-Ordnung.

Dr. med. H. Seemann G. m. b. H. Sommerfeld 141, Bez. Frankfurt a/O. Spezialärztliche Leitung.

Ladenlokal

zu kaufen oder zu mieten gesucht möglichst im Zentrum der Stadt. Freundl. Angebote unter Q T 9166 an das Tageblatt Niesla.

Ein Baderlehrling wird unter günstigen Bedingungen gesucht. Otto Berg, Baderstr., Hauptstraße 37.

Bestelle mit guterhalt. Matratze, sowie Sofatisch zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Niesla.

Ein Werdejunge 15-16 Jahr, oder Okerjunge gesucht für 1. Aug. Vornach, Gröba.

Ein Knecht (Rutischer) sofort gesucht. Bäcker, Hilderau.

Für leichte Kontorarbeiten ein älterer Herr

zum 1. August gesucht. Offerten unter M T 9163 an das Tageblatt Niesla.

Elektr. Büchsen und kleine Reiter

verk. Schützenstraße 1. 4 Stück alte Fenster 0,90x0,65, zu verkaufen. G. Rindler, Zechhausen.

Abgeputzte Mauerziegel

verkauft. Off. u. NT 9163 an das Tageblatt Niesla.

Flaschen!

von Weißwein, Rotwein, Sauerbrunnen, Sancerre, Zell, faust jedes Quantum. H. J. Bertel, Bahnhofstraße 19.

Mübriget Geschäftsmann

sucht sich an Luft. Untern. mit ca. 100 Wille zu beteiligen, ev. Gesch.-Kauf od. Teilnahme an kurzfrist. Geschäft. Off. u. LT 9161 an das Tageblatt Niesla.

Bereinsnachrichten

Nieslaer Sportverein e. V. Dienstag wichtige Vorstandssitzung. Mittwoch Vorabend. Schw. Was. Freitag außerordentliche Mitgliederversammlung. Erheben aller Mitglieder dringend erwünscht. Spielvereinigung. Heute abds. 8 Uhr Vorstandssitzung und Spielerschulung. Freitag Spielerei. Fr. Vereinig. ehem. Ref. 102er. Donnerstag, 20. 7., 8 Uhr Versammlung bei Hühlein, Döberken.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung

dargebrachten zahlreichen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank. Niesla, 18. 7. 1922. Rich. Winkler und Frau Marianne geb. Werner.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme

beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen, der Frau Amalie Auguste verw. Wolf geb. Claus sagen wir allen nur hierdurch unsern herzlichsten Dank. Büllnig, am Begräbnistage. Die trauernden Hinterbliebenen.

Für all' die Liebe und Teilnahme von nah und fern

sowie für den reichen Blumenschmuck und die trostreichen Worte am Grabe, die uns am Begräbnistage unserer unvergesslichen Gattin und Mutter, der Frau Minna Naundorf geb. Hennig entgegengebracht worden sind, sagen von ganzem Herzen Dank. Merzdorf, am 18. Juli 1922. Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die überaus zahlreichen Beweise in Wort, Schrift,

Blumenspenden und ehrendem Geleit beim Heimgange unseres lieben unvergesslichen Sohnes Paul Händler sowie für die trostreichen Worte, den herrlichen Gesang und dem Klub „Fidole Brüder“ für freiwilliges Tragen unsern tiefgefühltesten Dank. Dir aber, lieber Sohn und Bruder, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in die stille Gruft nach. Lorenzkirch, am 17. Juli 1922. Die trauernden Hinterbliebenen.

Achtung!

Kaufe täglich Kupfer, Messing, Blei, Zink, Eisen, Papier, Lumpen, Knochen. Einkauf bei Gebr. Krümmel, Elbstraße Nr. 1. Größere Mengen hole selbst ab. Achtungsvoll A. Mann.

Starkes Rollenholz u. Stückkohle

empfehlen Hans Ludwig Nachf. Gebr. Krümmel, Holz und Kohlen, Niesla, Elbe.

Für Gartenzäune, Posten, Wagen und Gartenhäuser

können Sie an Stelle des teuren Leinwandnetzes den seit Jahren erprobten Schwedischen Blockhausfirnis mit jeder Farbe mischbar verwenden. Preis W. 30.- per Pfund. In Niesla nur in der Drogerie u. Farbenhandlg. Friedrich Büttner, Anterdrogerie.

Handwagen

sowie Ersatzräder, solldeste Bauart, in allen Größen, 2. u. 3. u. 4. Räder. W. Spengler, Wilhelmstraße 6 gegenüber der Allg. Deutschen Credit-Anstalt.

Fallobst

zu Futterwecken verkauft Carl Hauer, Gröba.

Morgen früh frische Seefische.

Carl Hauer, Gröba. Otto Hauer, Hilderau.

Seute Eibterrasse Vereins-Ehrenabend.

Handwerker-Vereinigung

Berlammlung im Kronprinzen, Mittwoch, den 19. 7., abds. 7 Uhr. Sehr wichtige Tagesordnung. Der Obermeister.

Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.